



Verwaltungsrat

353. Tagung, Genf, 10.–20. März 2025

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 17. Februar 2025

Original: Englisch

Dreizehnter Punkt der Tagesordnung

Entwicklungen bei der Anwendung der Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation

► Einleitung

1. Auf seiner 344. Tagung (März 2022) nahm der Verwaltungsrat eine Entschlieung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) an.¹ In der Entschlieung wurde das Amt aufgefordert, den dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine jede mögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Ferner wurde in dieser Entschlieung die vorübergehende Aussetzung der fachlichen Zusammenarbeit oder Unterstützung für die Russische Föderation durch die IAO mit Ausnahme von humanitärer Hilfe beschlossen. Ebenso wurden Einladungen an die Russische Föderation zur Teilnahme an allen Tagungen, die im Ermessen des Verwaltungsrats liegen, ausgesetzt. Dazu zählten und zählen auch heute noch Fachtagungen und Sachverstndigentagungen, Konferenzen und Seminare, deren Zusammensetzung vom Verwaltungsrat festgelegt wird. Alle anderen Tätigkeiten in den vom Fachuntersttzungsteam der IAO für menschenwürdige Arbeit und Landesbros für Osteuropa und Zentralasien (DWT/CO-Moskau)

¹ GB.344/Resolution.

unterstützten Ländern werden weiterhin wie geplant durchgeführt und aufgrund neu auftretender Bedürfnisse und Prioritäten der Mitgliedsgruppen in der Subregion erweitert.

2. Auf seiner 352. Tagung (Oktober–November 2024) ersuchte der Verwaltungsrat nach Überprüfung des letzten Berichts des Amtes über die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Entschließung den Generaldirektor erneut, auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um die Mobilisierung von Ressourcen für die Ukraine auszuweiten. Ferner forderte der Verwaltungsrat den Generaldirektor nachdrücklich auf, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder in Osteuropa und Zentralasien zu verstärken. Darüber hinaus forderte er eine kontinuierliche Überwachung der Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt. Dazu zählt die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen Organen der Vereinten Nationen (UN) hinsichtlich der Überwachung von Arbeitnehmerrechtsverletzungen, einschließlich der Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie.² Der vorliegende Bericht kommt der Forderung des Verwaltungsrats nach, über den neuesten Stand in dieser Frage zu informieren.

► Allgemeine Entwicklungen

3. Die militärische Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine geht nunmehr ins vierte Jahr, wobei die Feindseligkeiten zu ausgedehnter Zerstörung führen und die humanitären Bedürfnisse sowohl in den von der Russischen Föderation besetzten ukrainischen Gebieten als auch im Rest des Landes verschärfen. Die Handlungen der Russischen Föderation haben zum Verlust von rund 9 Gigawatt der ukrainischen Stromerzeugungskapazität geführt, was der Hälfte der Winterenergienachfrage des Landes entspricht, die wirtschaftliche Tätigkeit behindert und sich negativ auf die Arbeitsplätze auswirkt.³ Außerdem gefährden diese Angriffe die Bevölkerung, der die Gefahr eisiger Temperaturen und eines begrenzten Zugangs zu grundlegenden Gesundheitsdiensten, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung droht. Laut der UN-Mission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine (HRMMU) sind bei Angriffen auf die Energieinfrastruktur der Ukraine mindestens 18 Zivilisten, darunter zwei Arbeitnehmer in entsprechenden Einrichtungen, getötet worden.⁴ Am 25. Dezember 2024 begannen die Streitkräfte der Russischen Föderation einen groß angelegten, koordinierten Angriff auf die Energieinfrastruktur der Ukraine, bei dem ein Arbeitnehmer der Energiewirtschaft getötet und sechs Zivilisten verletzt wurden.⁵ Ein Angriff am 8. Januar 2025 auf eine Industrieanlage in Saporischschja verursachte die höchste Anzahl ziviler Opfer bei einem einzigen Vorfall seit fast zwei Jahren; viele der Opfer waren Arbeitnehmer oder Passanten, die beim Verlassen der Anlage oder der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel getötet oder verletzt wurden.⁶
4. Der anhaltende Arbeitskräftemangel belastet die ukrainische Wirtschaft zusätzlich. Trotz dieser Schwierigkeiten ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Ukraine 2024 um fast 4 Prozent

² GB.352/PV, Abs. 713.

³ Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), „Sept. 2024 – Attacks On Ukraine’s Electricity Infrastructure Threaten Key Aspects of Life As Winter Approaches“, 19. September 2024.

⁴ HRMMU, „Attacks on Ukraine’s Energy Infrastructure: Harm to the Civilian Population“, September 2024.

⁵ Vereinte Nationen: Ukraine, „Massive Attack on Ukraine’s Energy Infrastructure Damages and Disrupts Essential Services“, 26. Dezember 2024.

⁶ HRMMU, „Zaporizhzhia Attack Marks Highest Civilian Casualties in Two Years; Glide Bombs Drive 30% Rise in 2024“, 9. Januar 2025.

gewachsen,⁷ und das Land hat seine internationalen Reserven erfolgreich erhöht, um fünfeinhalb Monate künftiger Einfuhrausgaben zu decken.⁸ Daneben trägt die Fremdfinanzierung auch entscheidend dazu bei, die Inflation auf den Zielwert abzusenken und den Haushaltsbedarf zu decken.⁹ Im November 2024 setzte die Ukraine die Durchleitung von Erdgas von der Russischen Föderation aus, was finanzielle Folgen für die Ukraine und andere Länder der Region hat.

5. Im Dezember 2024 waren immer noch 3,6 Millionen Menschen Binnenvertriebene, während 6,8 Millionen Ukrainer im Ausland Zuflucht suchten. Mehr als 4,2 Millionen der aus der Ukraine Geflüchteten erhielten einen Status mit vorübergehendem Schutz in der Europäischen Union (EU); davon waren rund 77 Prozent Frauen oder Kinder (45 Prozent Frauen und 32 Prozent Kinder).¹⁰ Im November 2024 waren 60 Prozent der 265.000 gemäß dem Programm der EU für vorläufigen Schutz als arbeitslos gemeldeten ukrainischen Flüchtlinge Frauen im Alter ab 25 Jahren, während 12,08 Prozent unter 25 Jahre alt waren. Bis Dezember 2024 waren rund 4,3 Millionen Menschen freiwillig in ihr Zuhause in der Ukraine zurückgekehrt, nachdem sie für mindestens zwei Wochen vertrieben gewesen waren; 26 Prozent kehrten aus dem Ausland zurück.¹¹
6. Die Länder Osteuropas verzeichneten 2024 unterschiedliche wirtschaftliche Trends. Die Wirtschaft der Republik Moldau zeigt trotz der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt schrittweise Anzeichen einer Erholung: Die Prognosen rechnen mit einer Wachstumsrate von 2,6 Prozent für das Jahr 2024 und einem Rückgang der Inflation.¹² Bulgarien verzeichnete ein reales BIP-Wachstum von 2,1 Prozent gegenüber 2023, während sich die rumänische Wirtschaft mit einem Realwachstum von 1,4 Prozent verlangsamte.¹³ Sowohl in Bulgarien als auch in Rumänien dürften die sinkenden Energie- und Nahrungsmittelpreise im Jahresverlauf 2025 zu einem Rückgang der Gesamtinflation führen. Die Arbeitsmärkte Osteuropas waren wegen der anhaltenden Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine und des hartnäckigen Arbeitskräftemangels in einigen osteuropäischen Ländern wie Rumänien mit Herausforderungen konfrontiert.¹⁴ Diese Marktverwerfungen haben zu Vertreibungen von einer erheblichen Anzahl von Arbeitnehmer geführt, während sich die wirtschaftliche Unsicherheit weiter auf die Beschäftigungsquote und das Lohnwachstum in der Region auswirkt.¹⁵ Bulgarien verzeichnete 2024 ein solides Reallohnwachstum von 14 Prozent aufgrund

⁷ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, *OECD Economic Outlook, Volume 2024 Issue 2: Ukraine*, 2024.

⁸ Ukrainische Nationalbank, „Ukraine's International Reserves Increased by 8% to USD 43.8 Billion in 2024“, 7. Januar 2025.

⁹ Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), „Regional Economic Prospects“.

¹⁰ Internationale Organisation für Migration (IOM), *Measuring Progress Towards Durable Solutions To Internal Displacement In Ukraine: Synthesis Report On A Joint Analytical Framework – January 2025*, 2025. Siehe auch Eurostat, „Temporary protection for 4.2 million people in November“, 15. Januar 2025.

¹¹ IOM, Global Data Institute Displacement Tracking Matrix, „Ukraine – Conditions of Return Assessment Factsheet – Round 9 (December 2024)“.

¹² Internationaler Währungsfonds (IWF), „IMF Executive Board Concludes the Sixth Reviews Under the Extended Credit Facility and Extended Fund Facility, and Second Review Under the Resilience and Sustainability Facility for the Republic of Moldova“, 17. Dezember 2024.

¹³ EBWE, „Regional Economic Prospects“.

¹⁴ Europäische Arbeitsbehörde, *EURES Report on Labour Shortages and Surpluses 2023*, 2024.

¹⁵ IAO, *World Employment and Social Outlook: Trends 2025*, 2025.

von Mindestlohnerhöhungen, während in Rumänien die Reallöhne durch die steigende Inflation gedämpft wurden.¹⁶

7. In der Subregion Kaukasus und Zentralasien dürfte das BIP gemäß Schätzungen 2024 um 4,9 Prozent gestiegen sein und sollte 2025 um 5,3 Prozent wachsen.¹⁷ In Kasachstan und Usbekistan schwächte sich das Wirtschaftswachstum 2024 wegen der stagnierenden Entwicklung im Bergbausektor ab. In beiden Ländern kurbelten die hohen Überweisungsströme, die steigenden Löhne und das Wachstum beim Tourismus die Gesamtnachfrage an und wirkten sich positiv auf den Dienstleistungssektor aus. Hohe Rohstoffpreise, Infrastrukturinvestitionen und marktorientierte Reformen dürften 2025 ebenfalls zu einem höheren Wachstum beitragen.¹⁸ Die hohe Inflation, die die Niedriglohnpfänger und ihre Familien 2021 und 2022 belastete, dürfte von 13,1 Prozent im Jahr 2022 auf 6,9 Prozent in den Jahren 2024 und 2025 sinken.¹⁹ Diese wirtschaftlichen Muster zeigen sich auch auf den Arbeitsmärkten. In Zentral- und Westasien²⁰ hat sich die Beschäftigungsquote unter Jugendlichen zwischen 2019 und 2023 mit einem Anstieg des Anteils junger Menschen mit einer Beschäftigung um 1,1 Prozentpunkte und einem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit um 3,9 Prozentpunkte verbessert. Die Quote der Jugendlichen, die keiner Arbeit nachgehen, keine Schule besuchen und keine Ausbildung absolvieren, fiel im selben Zeitraum ebenfalls um 2,7 Prozentpunkte.²¹ Die steigenden Löhne mit einem Reallohnwachstum von 5,2 Prozent in Kirgisistan zwischen Januar und Juli 2024 kurbelten das Ausgabenwachstum an, während die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Sektor, der Renten und des Mindestlohns in Tadschikistan zu einem Wachstum von 9,1 Prozent im ersten Halbjahr 2024 führte.²²

Auswirkungen auf Beschäftigung, Existenzgrundlagen und Unternehmen in der Ukraine

8. Die Ukraine verzeichnet weiterhin ein fragiles Wirtschaftswachstum, bei dem der Inflationsdruck erhebliche Herausforderungen an die Existenzgrundlagen der Menschen stellt. Im November 2024 stieg die Verbraucherpreisinflation auf 11,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, während die Kerninflation auf 9,3 Prozent kletterte. Angetrieben wurde dieser Anstieg durch das geringere Angebot an Lebensmitteln, höhere Produktionskosten und die verzögerte Wirkung einer früheren Wechselkursabwertung. Die Ukrainische Nationalbank rechnete mit einem weiteren Inflationsanstieg im Dezember 2024.²³ Trotz eines BIP-Wachstums, das höher ausfiel als erwartet, sieht die Beschäftigungslage in der Ukraine weiterhin düster aus: Seit

¹⁶ EBWE, „Regional Economic Prospects“.

¹⁷ Asiatische Entwicklungsbank (ADB), *Asian Development Outlook (ADO) December 2024: Steady Growth Amid a Shifting Global Policy Landscape*, Dezember 2024. Für die ADB-Statistiken umfasst der Südkaukasus und Zentralasien Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

¹⁸ EBWE, „Regional Economic Prospects“.

¹⁹ IWF, „Regional Economic Outlook: Middle East and Central Asia, October 2024: Navigating the Evolving Geoeconomic Landscape“.

²⁰ Zu Zentral- und Westasien zählen Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Israel, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, die Republik Türkei, Turkmenistan, Usbekistan und Zypern.

²¹ IAO, *World Employment and Social Outlook: Trends 2025*, 2025.

²² EBWE, „Regional Economic Prospects“.

²³ Ukrainische Nationalbank, *Macroeconomic and Monetary Review: January 2025*, 2025.

Kriegsbeginn leben mindestens 1,8 Millionen Ukrainer zusätzlich in Armut, sodass 2024 insgesamt 9 Millionen Menschen im Land in Armut lebten.²⁴

9. Der ukrainische Privatsektor zeigt eine beeindruckende Widerstandsfähigkeit: Trotz der weiter bestehenden Herausforderungen wie beispielsweise der finanziellen Instabilität kleiner Unternehmen wurden die Ausfuhren wieder aufgenommen. Trotzdem fehlt es weiterhin an Vertrauen in das Geschäftsumfeld. Der wirtschaftliche Ausblick der Unternehmen ist aufgrund der anhaltenden Stromausfälle, des Fachkräftemangels und steigender Betriebskosten, vor allem im verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor, negativ.^{25, 26} Außerdem haben die Angriffe auf die kritische Infrastruktur wie Häfen und Transportnetze sowie Energieanlagen stark zugenommen und belasten die Ausfuhren der Ukraine noch zusätzlich.²⁷ Bezüglich der Lage der Seeleute erinnerte der Sachverständigenausschuss der IAO für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen in seinem im Februar 2025 veröffentlichten Bericht daran, dass er mit tiefer Besorgnis Kenntnis von den Auswirkungen genommen habe, die Situationen wie der „Krieg in der Ukraine auf den Schutz der Rechte von Seeleuten gemäß dem Seearbeitsübereinkommen, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006)“ haben. Der Ausschuss hatte „die Regierungen aufgefordert, Seeleute im Bewusstsein ihrer zentralen Rolle für das Funktionieren der Lieferketten als systemrelevante Beschäftigte anzuerkennen, und erinnerte daran, dass gerade in Krisenzeiten der im MLC, 2006, vorgesehene Schutz seine volle Bedeutung erlangt und besonders strikt angewandt werden muss.“ In diesem Zusammenhang begrüßte der Ausschuss die beispiellose, im Juli 2024 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen verabschiedete Resolution über die [Förderung und den Schutz des Genusses der Menschenrechte durch Seeleute](#).²⁸ Trotz dieser Erschwernisse gibt es Beispiele von Widerstandsfähigkeit. So erweitern ukrainische Unternehmen ihre Tätigkeit auf der Suche nach Stabilität und neuen Marktchancen nach Mittel- und Westeuropa. Ende Oktober 2024 genehmigte das Europäische Parlament ein Darlehen von bis zu 35 Milliarden Euro für die Ukraine, um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen und die Infrastruktur wieder aufzubauen.²⁹
10. Aufgrund der instabilen Stromversorgung besteht ein hohes Risiko einer Strahlenexposition sowie das potenzielle Risiko eines Atomunfalls im Kernkraftwerk von Saporischschja (ZNPP).³⁰ Der Sachverständigenausschuss der IAO für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen nahm auf seiner letzten Tagung im November–Dezember 2024 Kenntnis vom Beschluss des Verwaltungsrats vom November 2024, in dem die Russische Föderation nachdrücklich aufgefordert wurde, allen Verpflichtungen nachzukommen, die sich aus der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen, einschließlich des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, in Bezug auf die Exposition von Arbeitnehmern, die zurzeit Arbeit unter ihrer Kontrolle verrichten, gegenüber ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit ergeben,³¹ erin-

²⁴ Weltbankgruppe, „[The World Bank in Ukraine: Overview](#)“.

²⁵ Ukrainische Nationalbank, [Monthly Business Outlook Survey, December 2024](#), Januar 2025.

²⁶ Ukrainische Nationalbank, [„Businesses Weaken Their Expectations for Their Economic Performance for the Season – Business Outlook Survey in December“](#), Januar 2025.

²⁷ Welternährungsprogramm, [„WFP Ukraine White Paper – Attacks on ports“](#), Dezember 2024.

²⁸ IAO, [Aktuelle Entwicklungen in Seeschiffsverkehrsfragen](#), Auszug aus dem Allgemeinen Bericht des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen (CEACR), 95. Tagung, 2024.

²⁹ Europäisches Parlament, [„Parlament genehmigt bis zu 35 Mrd. € Darlehen. Der Betrag ist durch eingefrorene russische Vermögenswerte gesichert“](#).

³⁰ IAEA, [„IAEA Report Highlights Two Years of Efforts to Prevent an Accident at Ukraine’s Zaporizhzhya Nuclear Power Plant“](#).

³¹ GB.352/PV, Abs. 713 d).

nernte daran, dass ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld ein grundlegendes Prinzip und Recht für alle darstellt, und forderte die Regierung nachdrücklich auf, alle notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der wirksamen Umsetzung des Übereinkommens (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981, und des Übereinkommens Nr. 115, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, zu ergreifen. In einem Schreiben vom 4. Oktober 2024 an den Generaldirektor des IAA berichtete Atle Høie, Generalsekretär des Globalen Gewerkschaftsbunds IndustriALL, vom Verschwindenlassen von mindestens zehn Arbeitnehmern des ZNPP und rief die IAO auf, dabei zu helfen, für ihre sichere Freilassung zu sorgen.³² Die ukrainische Gewerkschaft der Arbeitnehmer in Kernkraftwerken und der Atomindustrie (Atomprofspilka) bestätigte am 10. Januar 2025 gegenüber dem Amt, dass der Aufenthaltsort der entführten Arbeitnehmer weiterhin unbekannt ist. Das Amt verfolgt diese Angelegenheit zusammen mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der HRMMU weiter. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind bis zum 18. November 2024 2.134 Angriffe auf Arbeitnehmer des Gesundheitswesens verübt worden, was die Risiken für diese Arbeitnehmer erhöht und die Gesundheitsversorgung erheblich beeinträchtigt, und die Anzahl der Todesfälle ist von 24 im Jahr 2023 auf 65 im Jahr 2024 gestiegen, wovon sowohl Patienten als auch Arbeitnehmer betroffen sind.³³

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO und auf die Umsetzung der Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 und die Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine

Regierung

11. Das Amt unterstützt unter anderem auf Ersuchen des Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Sozialpolitik auch weiterhin die Umsetzung der Kapitel 19 und 2 des *Besitzstands* der EU mit Bezug zu Arbeitsfragen, um die Übereinstimmung mit den internationalen Arbeitsnormen zu gewährleisten.
12. Die jüngsten Entwicklungen in diesem Zusammenhang sind:
 - a) die Fertigstellung eines Gesetzesentwurfs zur Beilegung kollektiver Arbeitsstreitigkeiten, erstellt von einer im Rahmen des Nationalen Vermittlungs- und Schlichtungsdiensts eingerichteten dreigliedrigen Arbeitsgruppe, gemäß den Fachempfehlungen der IAO –der Gesetzesentwurf wurde dem ukrainischen Parlament (Werchowyna Rada) zur Beratung vorgelegt;
 - b) die Unterbreitung von Fachkommentaren der IAO zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs;³⁴
 - c) die Vorbereitung einer technischen Anmerkung der IAO zum Thema Repräsentativität;

³² Schreiben vom 4. Oktober 2024 des Generalsekretärs des Globalen Gewerkschaftsbunds IndustriALL, Atle Høie, an Herrn Gilbert F. Hounghbo, Generaldirektor des IAA.

³³ WHO, „1000 days of war in Ukraine: resilience in health response, recovery and reform efforts despite attacks and ongoing challenges“.

³⁴ Die ukrainische Regierung übermittelte dem Amt am 27. Dezember 2024 die Übergangs- und Schlussbestimmungen zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs.

- d) die laufende Arbeit an der Entwicklung des versicherungsmathematischen Modells für die Ukraine, wobei Datenlücken wirksam geschlossen werden;
 - e) die Formulierung der Beschäftigungsstrategie für die Ukraine;
 - f) die Entwicklung der Strategie zur Integration von Binnenvertriebenen in der Ukraine;
 - g) die anhaltende fachliche Unterstützung für das Ministerium für Jugend und Sport bei der Umsetzung des Jugendgarantie-Programms in der Ukraine.
- 13.** Der Staatliche Arbeitsvermittlungsdienst (SES) investiert weiterhin einen großen Teil seiner Ausgaben in Maßnahmen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik. 2024 erhielten ca. 593.820 Personen, darunter Frauen, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, Binnenvertriebene und Kriegsveteranen, Dienstleistungen. Insgesamt 249.620 Arbeitssuchenden, darunter 15.173 Binnenvertriebene, wurden Arbeitsplätze über die Förderprogramme für Arbeitgeber vermittelt. Gleichzeitig erhielten 41.429 Personen, darunter 9.523 Kriegsveteranen, Binnenvertriebene und Menschen mit Behinderungen, eine Berufsausbildung oder eine berufliche Umschulung. Insgesamt nahmen 32.112 Männer und Frauen an öffentlichen Arbeitsprogrammen teil, und 15.173 wurden im Rahmen der subventionierten Beschäftigungsprogramme in Arbeit vermittelt. Zudem hat der SES rund 22.981 Gutscheine als Unterstützung für die Umschulung und Höherqualifizierung von Arbeitssuchenden ausgegeben und die Leistungserbringung für Binnenvertriebene, Kriegsveteranen und Menschen mit Behinderungen durch die Einrichtung einer Plattform für „Dienstleistungen aus einer Hand“ zur Integration der Unterstützung durch neue nichtstaatliche Organisationen verbessert. 2024 erhielten 1.661 Arbeitgeber Ausgleichszahlungen für angemessene Vorkehrungen an den Arbeitsplätzen zugunsten von 1.933 Menschen mit Behinderungen. Und schließlich implementierte der SES eine mobile Anwendung, um den Zugang zur Registrierung, Arbeitsplatzsuche und Anmeldung für Ausbildungen zu vereinfachen und auf diese Weise eine effizientere und inklusivere Leistungserbringung zu fördern.
- 14.** Seit seiner Einführung im Juli 2022 profitierten mehr als 24.000 Unternehmer Im Rahmen des Zuschussprogramms eRobota (eArbeit) über staatliche Investitionen von insgesamt mehr als 11 Milliarden Ukrainischen Hrywnja (UAH) von Zuschüssen, um ein eigenes Unternehmen zu gründen oder zu expandieren. Dazu zählen auch 1.123 Zuschüsse von insgesamt 525 Millionen UAH für Kriegsveteranen und ihre Familien. Das Programm hat mehr als 60.000 Arbeitsplätze geschaffen, wobei 60 Prozent der Mittel vom Staat über Steuerbeiträge wiedererlangt wurden.³⁵
- 15.** Die Staatliche Arbeitsverwaltung (SLS) hat ihren Betrieb an das Kriegsrecht angepasst, indem sie ihre präventiven Leistungen bei gleichzeitig begrenzten Vollzugskapazitäten verstärkt hat. 2024 behandelten 902 Inspektoren 24.632 schriftliche Beschwerden und boten 187.237 Online-Beratungen an. Für die Bekämpfung nicht angemeldeter Arbeit führte die SLS 102.594 Vor-Ort-Besuche zu Informationszwecken durch, die zu 247.460 formalisierten Arbeitsverträgen führten. Bei den Vor-Ort-Besuchen stellten die Inspektoren 706 arbeitende Kinder fest und gewährten Arbeitgebern rechtliche Beratung zur Verhütung von Kinderarbeit. Die Präventionsanstrengungen konzentrierten sich auch auf den Arbeitsschutz, unter anderem durch mehr als 274.900 Aktivitäten, mit denen 663.800 Arbeitnehmer erreicht wurden. Mit ähnlichen Initiativen wurde für die Prävention von Diskriminierung, Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz sensibilisiert. Als Folge davon nahmen 2024 168 Unternehmen Gleichstellungsklauseln in

³⁵ Wirtschaftsministerium der Ukraine, „eRobota: Almost 24,000 Entrepreneurs Received Grants for Business Development from the State“.

ihre Kollektivvereinbarungen auf, während 259 Unternehmen Initiativen zur Verhütung von Diskriminierung aufgrund des HIV-Status ergriffen. Des Weiteren gewährte die SLS im Zusammenhang mit 94.700 Betriebsbesichtigungen und 4.800 Sensibilisierungsveranstaltungen praktische Orientierungshilfe für die psychosoziale Unterstützung, woraufhin rund 1.220 Unternehmen Maßnahmen in den Bereichen psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung durchführten.

16. In der zweiten Jahreshälfte 2024 wurden im Rahmen mehrerer Runden für die Datengewinnung und -veredelung Fortschritte bei der versicherungsmathematischen Bewertung des Rentenfonds der Ukraine erzielt. Das versicherungsmathematische Rentenmodell der IAO wurde mit den neusten Daten aktualisiert, indem Annahmen zur langfristigen Entwicklung der Wirtschaft, des Arbeitsmarkts und der Bevölkerung zur Erstellung eines ersten Basisszenarios für die langfristigen Trends des aktuellen Rentenprogramms der Ukraine angewendet wurden. Die Ergebnisse wurden dem Ministerium für Sozialpolitik Ende 2024 zur Einholung von Rückmeldungen übermittelt. Auf der Grundlage der Rückmeldungen werden weitere Verfeinerungen vorgenommen, um die Ausgangswerte zu konsolidieren und Simulationen für mögliche politische Änderungen Anfang 2025 vorzubereiten.
17. Das Amt unterstützte die ukrainische Regierung weiter über die Durchführung von Workshops im Hinblick auf die Ratifizierung des Übereinkommens (Nr. 181) über private Arbeitsvermittler, 1997, des Seearbeitsübereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006) und des Übereinkommens (Nr. 185) über Ausweise für Seeleute (Neufassung), 2003. Des Weiteren setzt sich das Amt für die Ratifizierung des Übereinkommens (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung, 2019, sowie des Übereinkommens (Nr. 183) über den Mutterschutz, 2000, ein.

Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände

18. Die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU) und der Bund der freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) sind aufgrund des anhaltenden Kriegs weiterhin mit großen wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert, da viele Arbeitnehmer sich entweder dem Militär angeschlossen haben oder aus Sicherheitsgründen aus dem Land geflohen sind, was für die Gewerkschaften Ausfälle bei den Mitgliedsbeiträgen und Einnahmen mit sich bringt. Die FPU meldet seit Beginn des Kriegs einen Rückgang beitragszahlender Mitglieder um 50 Prozent, und 4.400 Betriebsgewerkschaften haben ihre Tätigkeit eingestellt, da die Unternehmen, in denen sie eingetragen waren, nicht mehr in Betrieb sind. Die FPU und der KVPU haben einen dringenden Aufruf zur Wiederaufnahme des sozialen Dialogs mit dem Nationalen Dreigliedrigen Sozial- und Wirtschaftsrat gestartet.
19. Um diese Herausforderungen abzufedern, unterstützt die IAO die Gewerkschaften bei der Entwicklung von Kontaktarbeit und Dienstleistungen für ihre Mitglieder sowie verletzte Arbeitnehmer einschließlich Binnenvertriebener, Menschen mit Behinderungen und Kriegsveteranen. In den Frontregionen Charkiw und Dnipro werden zwei gewerkschaftliche Koordinierungsstellen eingerichtet. Die IAO unterstützt ferner die Landwirtschaftsgewerkschaften der Ukraine bei der Hilfe für landwirtschaftliche Arbeitskräfte im Zusammenhang mit Gefahren aufgrund von Minen und Blindgängern. Des Weiteren wurden die FPU, der KVPU und die ukrainische Gewerkschaft der Beschäftigten im Seetransport (MTWTU) darin geschult, wie Einfluss auf die Prozesse für einen gerechten Übergang in Verbindung mit dem Wiederaufbau der Ukraine im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen des Landes genommen werden kann.
20. Am 19. Dezember 2024 fasste die FPU eine Reihe wichtiger Beschlüsse für das Programm des kommenden Jahres, um sicherzustellen, dass sich die Gewerkschaften am Wiederaufbau der

ukrainischen Wirtschaft und an den europäischen Integrationsprozessen beteiligen können. Im Zuge dieser Anstrengungen wurde der Frauen- und der Jugendausschuss zu satzungsmäßigen Organen der FPU erklärt und so die Vertretung von Frauen und jungen Menschen in den gewählten Organen der FPU sichergestellt.

21. Die Wehrpflicht sowie Schwierigkeiten bei der Erneuerung von Reisepässen und Seefahrtbüchern erschweren nach wie vor den Zugang ukrainischer Seeleute zum Arbeitsmarkt. In diesem anspruchsvollen Umfeld ist die MTWTU weiterhin proaktiv tätig und setzt sich für die Rechte der Seeleute ein, unter anderem indem sie die Regierung auffordert, das MLC, 2006, zu ratifizieren.
22. Die drei Arbeitgeberorganisationen auf nationaler Ebene – die Föderation der Arbeitgeber der Ukraine (FEU), der Bund der Arbeitgeber der Ukraine (CEU) und die Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Ukraine (AEOU) – sind weiterhin funktionsfähig, wenn auch durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen. Die offiziellen Mitgliedszahlen sind stabil geblieben, aber die Finanzlage ist weiterhin prekär, und die Einnahmen sind weitgehend von der Erholung ihrer Mitglieder und der Wirtschaft abhängig. Die IAO unterstützt die ukrainischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände weiter, wobei einige Verbände über einen positiven Trend bei den Beitragseingängen und den Mitgliederzahlen berichten. Der Schwerpunkt liegt hauptsächlich auf dem Ausbau ihrer Dienstleistungen, was sich als wirksamste Strategie erwiesen hat, um den Mitgliedern einen Mehrwert zu bieten und sie unter den aktuellen Umständen zu unterstützen. Mehrere Aktivitäten, die hauptsächlich über das von Belgien und aus dem Haushaltszusatzkonto (HZK) unterstützte IAO-Projekt zur Förderung eines inklusiven und nachhaltigen Wiederaufbaus in der Ukraine über sozialen Dialog finanziert werden, wurden bereits in Gang gesetzt oder werden zurzeit initiiert. Diese Aktivitäten bauen weitgehend auf früheren Ergebnissen auf und zielen strategisch darauf ab, bestehende Dienstleistungen von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden auszubauen und zu diversifizieren.
23. Die FEU plant eine neue Dienstleistung zur Unterstützung von Industrieunternehmen bei der Wiederherstellung ihrer Produktionskapazitäten, der Beschaffung von Geräten oder Ersatzteilen zu günstigen Marktpreisen und der Integration in globale Liefer- und Wertschöpfungsketten über Veranstaltungen für die Förderung von Geschäftskontakten und Handelsmessen. Parallel dazu wurde eine Initiative der Regierung gestartet, um die Bereitstellung von Dienstleistungen und Maschinen für die FEU-Mitglieder zu vereinfachen und für koordinierte Anstrengungen zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Außenministerium zu sorgen. Auf der Grundlage des mit Unterstützung der IAO 2023–24 eingerichteten, erfolgreichen Helpdesks soll mithilfe dieser neuen Dienstleistung auch die Unterstützung für Industrieunternehmen ausgebaut und verbessert werden.
24. Der CEU, der dem Globalen Netzwerk Wirtschaft und Behinderung der IAO angehört, setzt vorrangig auf die Erweiterung und Diversifizierung seiner Beratungsdienste in Verbindung mit der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Über seine mit Unterstützung durch die IAO geschaffene Online-Plattform bietet der CEU den Arbeitgebern Informationen und Orientierungshilfe zu Einstellungsfragen und Arbeitsplatzanpassungsmaßnahmen sowie vorbildlichen Praktiken zur Förderung eines Arbeitsumfelds, in dem niemand zurückgelassen wird. Die Plattform wird um eine neue Komponente zur Integration und zum Verbleib von Menschen mit Behinderungen nach der Einstellung ergänzt. Des Weiteren fördert der CEU aktiv das nationale Netzwerk Wirtschaft und Behinderung „Together“, das von ihm gegründet wurde, um Unternehmen aus der ganzen Ukraine zusammenzubringen, damit sie Wissen austauschen, Hindernisse bei der Beschäftigung überwinden und sich für eine Politik einsetzen können, die zu inklusiveren Arbeitsplätzen führt.

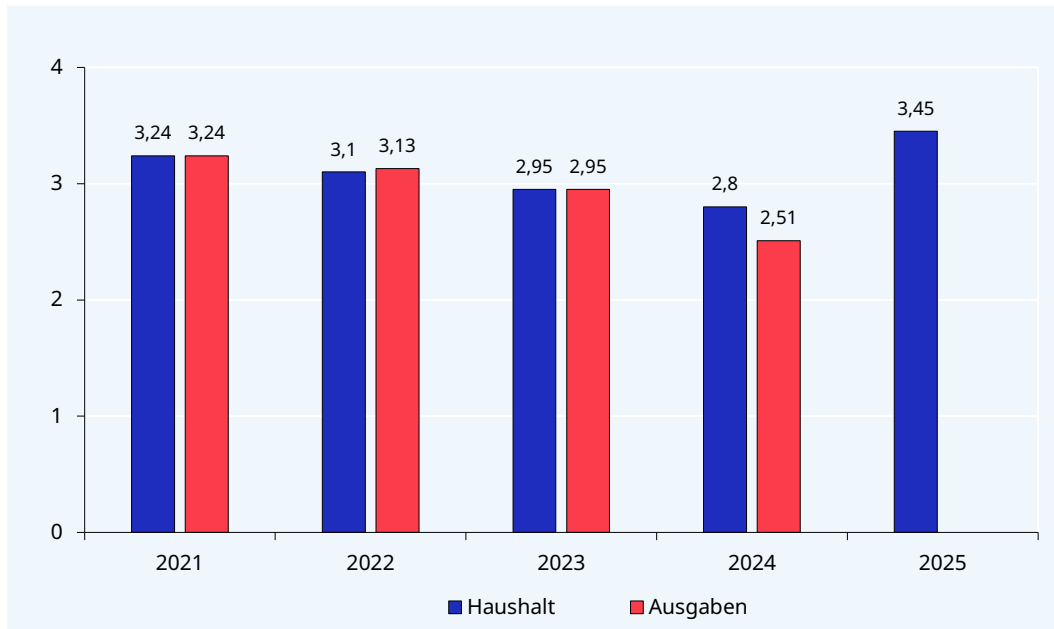
25. Der AEOU beteiligt sich weiterhin aktiv an der Erprobung und Erweiterung der Umsetzung von Kinderbetreuungsdienstleistungen im Rahmen des laufenden HZK-Projekts der schwedischen Organisation für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SIDA). Ferner prüft der AEOU weiterhin Möglichkeiten, Programme für psychosoziale Unterstützung am Arbeitsplatz durchzuführen, die im aktuellen Kontext zunehmend benötigt werden. Außerdem bereitet er eine neue Dienstleistung vor, mit der Unternehmen über eine spezielle Anlaufstelle für Energielösungen beim Übergang zu unabhängigen und zuverlässigen alternativen Energiequellen unterstützt werden sollen. Diese Initiative zielt hauptsächlich auf kleine und mittlere Unternehmen ab, die besonders anfällig für Störungen bei der Energieversorgung sind, aber oft nicht über das Fachwissen verfügen, um alternative Energiesysteme einzuführen.
26. Im November 2024 unterstützte die IAO ein Treffen zwischen Vertretern der ukrainischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und dem Residierenden und Humanitären UN-Koordinator in der Ukraine für eine Diskussion über die wichtige Rolle, die die Sozialpartner bei der Umsetzung des Kooperationsrahmens der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (UNSDCF) spielen können. An diesem Treffen wurde die entscheidend wichtige Rolle der Sozialpartner bei den Erholungs- und Wiederaufbaubemühungen der Ukraine betont und auf gemeinsame Prioritäten hingewiesen, zum Beispiel Stärkung des sozialen Dialogs, Verbesserung des Schutzes der Arbeitnehmerrechte während des Kriegs, strategische Investitionen in die Qualifikationsentwicklung zur Behebung des Arbeitskräftemangels und Förderung gemeinsamer Erholungsmaßnahmen für einen besseren Wiederaufbau.³⁶

Entwicklungszusammenarbeit

27. Die Arbeit der IAO in der Ukraine wird durch Mittel aus dem ordentlichen Haushalt und hauptsächlich durch freiwillige Beiträge von Partnern der Entwicklungszusammenarbeit einschließlich des HZK finanziert. Die Finanzierung der Kinderbetreuung aus dem HZK soll im März 2025 planmäßig abgeschlossen werden, was das Ministerium für Sozialpolitik und das Ministerium für Bildung und Wissenschaft veranlasst hat, einen rechtlichen Rahmen für arbeitsbasierte Kinderbetreuungslösungen zu schaffen. Diese Initiative findet auch in den Politiken der Regierung zum Elternurlaub und zur Reform der Vorschulbildung Berücksichtigung und verbessert die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen durch erschwingliche Kinderbetreuung, unterstützt durch eine erneute Finanzierung durch die SIDA ab November 2024. Der Gesamthaushalt der Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine ist für 2025 mit einem Wachstum von 23,2 Prozent im Vergleich zu 2024 auf den höchsten je erreichten Stand gestiegen (siehe Abbildung 1).

³⁶ IAO, „UN Resident and Humanitarian Coordinator in Ukraine Matthias Schmale meets with Ukrainian workers' and employers' organizations on Ukraine's recovery and reconstruction“.

► **Abbildung 1. Haushalt und Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit in der Ukraine, 2021–25 (in Millionen US-Dollar)**



Anmerkung: Daten per 27. Januar 2025.

Quelle: IAO, „ILO Development Cooperation Dashboard“.

- 28.** Das Amt hat kürzlich ein HZK-Projekt für den sozialen Dialog ins Leben gerufen, um die Kapazitäten der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine auszubauen sowie die Reform- und Erholungsanstrengungen über Mechanismen des sozialen Dialogs wirksam zu lenken. Das Projekt spielt eine zentrale Rolle, um die Grundlage für die Erholung und einen ausgedehnten Prozess zur Reform des Arbeitsrechts als Wegbereiter für eine breitere Entwicklungszusammenarbeit zu stärken. Das Amt nutzt alle Gelegenheiten für eine Kooperation mit möglichen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit, unter anderem über die von der Hauptabteilung Multilaterale Partnerschaften und Entwicklungszusammenarbeit (PARTNERSHIPS) jährlich organisierten Konsultationen. Zurzeit werden mehrere Konzeptpapiere erarbeitet, um die Umsetzung der Übergangskooperationsstrategie der IAO für die Ukraine 2024–25 zu unterstützen. Des Weiteren laufen weitere Konsultationen mit der Europäischen Kommission und den einschlägigen Direktoraten, um Arbeitsrechtsreformen und den sozialen Dialog voranzubringen. Das Amt unterstützte einen Besuch des stellvertretenden Wirtschaftsministers im November 2024 in Brüssel, wo eine Reihe von Treffen mit einschlägigen Sachverständigen der IAO und der EU stattfand, um auf die Zusammenhänge zwischen den internationalen Arbeitsnormen und dem *Besitzstand* der EU mit Bezug zu Arbeitsfragen im Rahmen des Prozesses der Arbeitsrechtsreform hinzuweisen.
- 29.** Zwei von Belgien und Dänemark finanzierte Projekte unterstützen das Programm Start and Improve Your Business (SIYB) über die Schulung neuer SIYB-Ausbilder sowie zukünftiger Unternehmer. Das Programm SIYB hat seit seinem Beginn in der Ukraine 2019 4.804 potenzielle Unternehmer (darunter 70 Prozent Frauen) ausgerüstet und über die Bereitstellung von Zuschüssen die Gründung von 94 Unternehmen unterstützt. Seit der Verhängung des Kriegsrechts sind 1.856 potenzielle Unternehmer (darunter 80 Prozent Frauen) geschult worden, was zur Gründung von 52 Unternehmen führte. In den Regionen Odessa und Mykolajiw wurden mit Finanzmitteln aus Dänemark zwei lokale Beschäftigungspartnerschaften gebildet, um die Erholung des örtlichen Arbeitsmarkts zu fördern, schutzbedürftigen Gruppen beim Zugang zu

Ausbildungsprogrammen für Weiterbildung und Höherqualifizierung zu helfen und eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu unterstützen.

30. Mit Unterstützung aus Kanada arbeitet das Amt außerdem an der Förderung einer Arbeitsrechtsreform in der Ukraine, die unter anderem auf eine bessere Einhaltung von Rechtsvorschriften durch eine wirksame Anwendung der internationalen Arbeitsnormen durch die ukrainische Regierung und eine entsprechende Berichterstattung abzielt. Dazu zählt die Bereitstellung fachlicher Rückmeldungen zum Entwurf des Arbeitsgesetzbuchs und anderer Arbeitsgesetze sowie die Grundausbildung von 30 Regierungsbeamten für die Erarbeitung nationaler Berichte über die Anwendung internationaler Arbeitsnormen und die Umsetzung eines Pilot-Lehrgangs über internationale Arbeitsnormen für 25 Richter, der zur Anpassung des Curriculums an der nationalen Richterschule der Ukraine führen soll. Diese Arbeit stärkt auch die Zusammenarbeit zwischen der IAO und der HRMMU, wodurch die Verbindung zwischen internationalen Arbeitsnormen, Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht hervorgehoben wird. Im Januar 2025 erhielten 30 HRMMU-Mitarbeiter eine erste Schulung, unter anderem zur Frage, wie Rechtsverstöße erkannt werden können.
31. Das IAO-Landesbüro für die Ukraine engagiert sich weiterhin aktiv für gemeinsame Projekte, Initiativen und programmatische Ansätze mit anderen UN-Organisationen und -Gremien wie der Internationalen Organisation für Migration (IOM), dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und UN-Women. Ferner arbeitet die IAO mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zusammen, um ein nationales Programm für die Erhebung von Daten über die Auswirkungen grüner Arbeitsplätze auf die Wiedereingliederung von Kriegsveteranen in den Arbeitsmarkt zu entwickeln, wobei die Ergebnisse in einer demnächst erscheinenden Studie zu diesem Thema veröffentlicht werden sollen. Schließlich leitet die IAO aufgrund ihrer proaktiven Mitwirkung im UN-Landesteam nun eine der vier Gruppen für strategische Ergebnisse der Gruppe der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (UNSDG), die sich speziell auf menschenwürdige Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum konzentriert. Im November 2024 fand ein „Town-Hall“-Treffen mit dem Residierenden und Humanitären UN-Koordinator in der Ukraine statt, um die gemäß der IAO-Übergangskooperationsstrategie für die Ukraine 2024–25 durchgeführten Initiativen der IAO in der Ukraine vorzustellen. Das Treffen förderte wichtige Synergien zwischen der Strategie der IAO und dem UNSDCF zutage und wies auf den Beitrag der IAO zu den von den UN unternommenen Erholungs- und Wiederaufbauanstrengungen hin. Die IAO arbeitet auch mit der WHO zusammen, um auf die in den jüngsten Gesprächen mit den Sozialpartnern diskutierten Bedürfnisse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bereich psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung einzugehen.

Die Situation des Personals des IAA in der Ukraine

32. Die Sicherheit und das Wohlbefinden der Bediensteten genießen auch weiterhin hohe Priorität für das Amt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Luftangriffe auf Kiew und der häufigen und lang andauernden Stromausfälle arbeitet das Amt daran, die Auswirkungen auf die Sicherheit und das Wohlbefinden der Bediensteten und ihrer Angehörigen zu minimieren. Das Amt hat in Übereinstimmung mit den Leitlinien der Hauptabteilung Sicherheit der Vereinten Nationen (UNDSS) und des Amtes alle für die Bediensteten in der Ukraine notwendigen Vorkehrungen getroffen, um ein Weiterarbeiten zu ermöglichen und das Wohlbefinden des Personals zu fördern. Dennoch hat die vorherrschende Sicherheitslage erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bediensteten, weil sie zu bedeutenden Störungen der Arbeits-

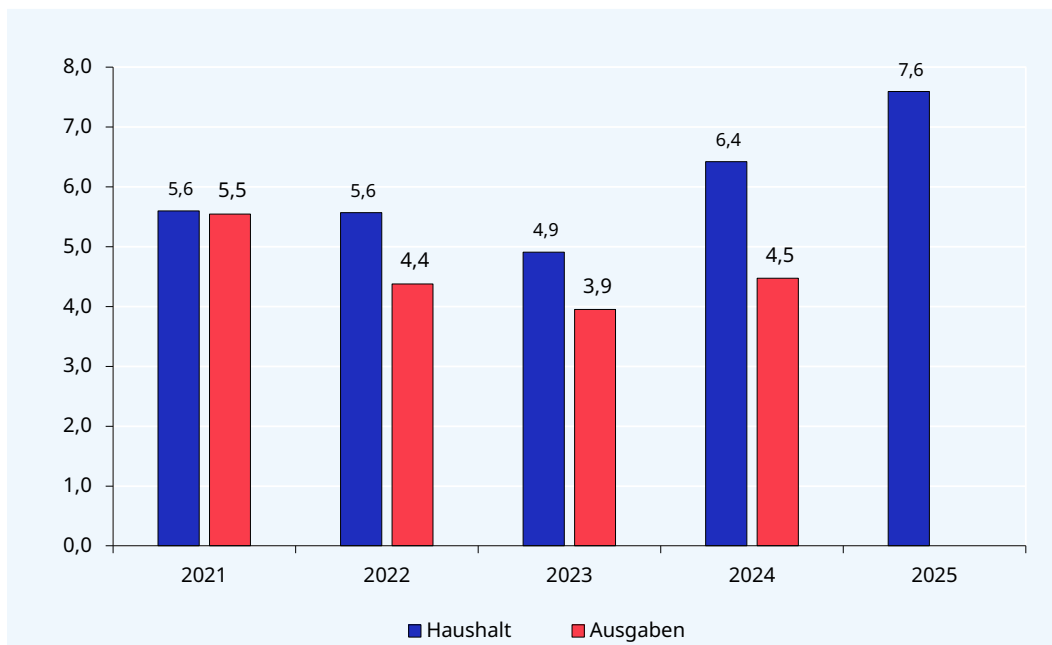
abläufe führt und das Team bei der Erfüllung seiner Aufgaben unter den außerordentlichen Bedingungen zusätzlich belastet. Das Amt hat allen nationalen Bediensteten zusätzliche Sonderurlaubstage gewährt, um sich auszuruhen und vom Schlafmangel zu erholen. Die IAO leistet ihren Beitrag zu den Stressberatungsdiensten der Vereinten Nationen und macht diese neben den internen Stressberatungsdiensten der IAO für ihr Personal zugänglich. Das Amt fördert Gruppenberatungssitzungen mit der UNDSS und Stressberatern der IAO und ermutigt nachdrücklich zu individuellen Beratungssitzungen.

33. Das Amt sucht neue Räumlichkeiten, um zum einen das wachsende Team unterzubringen und zum anderen den zunehmenden Sicherheitsbedrohungen Rechnung zu tragen. Um die Situation zu bewältigen, wurden flexible Arbeitsregelungen für das gesamte Team eingeführt. Ferner würde auch die Unterzeichnung des Gastlandabkommens, das seit September 2023 neu verhandelt wird, die Fähigkeit des Amtes, seine Mitgliedsgruppen zu unterstützen und die Bediensteten wirksamer zu schützen, deutlich verbessern.
34. Die Sorgfaltspflicht des Amtes erstreckt sich auf alle seine Bediensteten, einschließlich derer im DWT/CO-Moskau. Regelmäßig finden „Town-Hall“-Treffen statt, um über die Sicherheit und die Anliegen der Bediensteten zu diskutieren. Den Bediensteten in Moskau wurden auch Versetzungsoptionen einschließlich eines vorübergehenden Umzugs nach Budapest (DWT/CO-Budapest) angeboten.

► Auswirkungen auf die Mitgliedsgruppen der IAO, auf die Umsetzung der Landesprogramme für menschenwürdige Arbeit und auf die Entwicklungszusammenarbeit in anderen betroffenen Ländern der Region

35. In den anderen betroffenen Ländern der Region, in denen die IAO eine operative Präsenz unterhält, ist der Haushalt für die Entwicklungszusammenarbeit nach einem anfänglichen Rückgang 2022–23 gestiegen (siehe Abbildung 2). Die einzige Ausnahme bildet Georgien, wo 2024 eine Pause bei der Entwicklungszusammenarbeit verzeichnet wurde.

► **Abbildung 2. Haushalt und Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit in den betroffenen Ländern mit langjähriger operativer Präsenz der IAO, 2021–25**
(in Millionen US-Dollar)



Anmerkung: Zu den betroffenen Ländern in der Region gehören Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Russische Föderation (bis 2022, als die Ausgaben nur 60 Prozent des Haushalts betrugen), Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Daten per 27. Januar 2025.

Quelle: IAO, „ILO Development Cooperation Dashboard“.

- 36.** Das IAA hat seine Unterstützung in der Republik Moldau für Projekte zu den Themen Beschäftigung, Geschlechtergleichstellung, Arbeitsbedingungen und laufende Arbeitsmarktreformen von ihrem DWT/CO-Büro in Budapest aus deutlich verstärkt. Im Zuge des aus dem HZK finanzierten Vor-Ort-Besuchs in der Republik Moldau vom 15. bis 17. Oktober 2024 erhielten die einschlägigen HZK-Partner einen Einblick in die im Rahmen des Landesprogramms für menschenwürdige Arbeit (DWCP) für Moldau, das die Anstrengungen der IAO in diesem Land leitet, erzielten Fortschritte. Die HZK-Partner hatten Gelegenheit, sich mit Regierungsvertretern, Sozialpartnern und örtlichen Gemeinschaften zu treffen, um die arbeitsmarktbezogenen und sozialen Herausforderungen in der Republik Moldau besser zu verstehen. Dabei wurden wichtige Projektstandorte besucht, um festzustellen, wie die HZK-Beiträge die Umsetzung des DWCP der IAO unterstützen. Die aktive Beteiligung der Partner im Rahmen des Vor-Ort-Besuchs ermöglichte wertvolle Rückmeldungen und Einblicke und hat der IAO geholfen, die Zusammenarbeitsanstrengungen in der Republik Moldau und andernorts weiter zu verfeinern und zu erweitern. Mit den HZK-Mitteln unterstützt die IAO seit September 2024 die Entwicklung einer nationalen, integrierten und geschlechtergerechten Formalisierungsstrategie unter aktiver Beteiligung der dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in Georgien. Darüber hinaus führt die IAO ein gemeinsames Projekt mit der WHO durch, um gemeinschaftsbasierte Betreuungsdienste für Menschen mit Behinderungen zu erfassen und auszubauen und gleichzeitig bessere Arbeitsbedingungen für Pflege- und Betreuungskräfte in Georgien zu fördern.
- 37.** Das DWT/CO-Moskau der IAO bietet weiterhin fachliche Zusammenarbeit und Unterstützung für alle Länder der Subregion außer für die Russische Föderation und Belarus, wobei zur Sicherstellung der Dienstleistungserbringung die notwendigen Anpassungen vorgenommen

wurden.³⁷ Dazu zählt die Bewältigung der Herausforderungen in Bezug auf menschenwürdige Arbeit im Zusammenhang mit der Baumwollernte in Turkmenistan über ein vom Außenministerium der Vereinigten Staaten finanziertes Projekt. In Usbekistan leitet die IAO ein gemeinsames Programm der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit dem UNDP und UNICEF im Rahmen des Globalen Förderinstruments für Arbeitsplätze und Sozialschutz für gerechte Übergänge. Daneben wird zurzeit ein gemeinsames Projekt mit UNICEF und der Weltbank im Rahmen des Globalen Förderinstruments und des Kompasses für Sozialschutz und Beschäftigung der Weltbank (M-GA) entwickelt. Die IAO, das UNDP und die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) beteiligen sich auch am gemeinsamen Programm zur Förderung einer gerechten Energiewende in Usbekistan. Die Diversifizierung des Finanzierungsportfolios spiegelt die Beiträge einer Reihe von Gebern wider. Dazu gehören der Friedenskonsolidierungsfonds des UN-Generalsekretärs, der Treuhandfonds der Vereinten Nationen für menschliche Sicherheit, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, das multinationale Bekleidungsunternehmen Inditex, die Partnerschaft der Vereinten Nationen zur Förderung der Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie andere Partner der IAO-Entwicklungszusammenarbeit. Kasachstan hat begonnen, innerstaatliche Finanzmittel für die Umsetzung des im Juni 2024 unterzeichneten dreigliedrigen Fahrplans zur Förderung menschenwürdiger Arbeit im Land bereitzustellen.

► Bereiche für weitere Maßnahmen

38. Die IAO wird ihre Unterstützung für die Ukraine und ihre Nachbarländer weiter konsolidieren, indem sie auf ihren aktuellen Tätigkeiten aufbaut und ihre Entwicklungspartnerschaften weiter stärkt. Die Sensibilisierungsbemühungen konzentrieren sich auf die Sicherstellung einer erhöhten Beteiligung der Sozialpartner an der für Juli 2025 in Rom geplanten Ukraine-Wiederaufbaukonferenz mit dem Ziel, eine inklusive Entscheidungsfindung im Erholungsprozess zu fördern.
39. Die Anstrengungen in der Ukraine zur Wiedereingliederung von Binnenvertriebenen und Rückkehrern, zur Förderung der Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt und zur Bewältigung der Auswirkungen gesundheitlicher Beeinträchtigungen, wie z.B. aufgrund einer posttraumatischen Belastungsstörung bei demobilisierten Militärangehörigen und ihren Unterstützungsnetzwerken, werden intensiviert. Mit diesen Maßnahmen sollen Lebensgrundlagen stabilisiert, die wirtschaftliche Erholung des Landes gefördert und seine Widerstandsfähigkeit verbessert werden. Über einen neuen Vorschlag im Rahmen der Krisenreaktionsinitiative des Generaldirektors wird angestrebt, Frauen und verletzte Menschen schnell neu und höher zu qualifizieren, um auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts zu reagieren und Wege zu einer Beschäftigung zu schaffen.
40. Die IAO entwickelt Projekte zur Unterstützung zentraler Sektoren wie Energie und Landwirtschaft, wobei Gespräche mit internationalen Partnern bereits laufen. Eine vorgeschlagene Initiative für den Energiesektor wird sich auf den Schutz der Arbeitnehmer, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Förderung der Qualifikationsentwicklung für eine grüne und dezentralisierte Energiezukunft konzentrieren. Ähnlich dazu legt ein mit dem Ministerium für Landwirtschaftspolitik und Nahrungsmittel geteiltes Konzeptpapier Strategien dar, um Qualifikationen zu entwickeln, Fragen des Arbeitsschutzes zu behandeln sowie nachhaltige Arbeits-

³⁷ Für weitere Einzelheiten siehe [GB.347/INS/16](#) und [GB.348/INS/5/2](#).

plätze in der Landwirtschaft zu schaffen und dabei Kriegsveteranen, Frauen, Menschen mit Behinderungen und Vertriebenen den Vorrang zu geben.

► **Beschlussentwurf**

- 41. Im Licht der in der Vorlage GB.353/INS/13 dargelegten Entwicklungen in der Ukraine und der auf seiner 344. Tagung (März 2022) angenommenen EntschlieÙung über die Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine unter dem Aspekt des Mandats der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie unter Berücksichtigung der auf seiner 353. Tagung geführten Diskussionen und erteilten Leitvorgaben hat der Verwaltungsrat:**
- a) Kenntnis von den in der Vorlage enthaltenen Informationen genommen;
 - b) seine überaus tiefe Besorgnis über die anhaltende, von der belarussischen Regierung unterstützte Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine und ihre aktuellen Auswirkungen auf die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen – Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die demokratisch gewählte Regierung – in der Ukraine sowie auf die Arbeitswelt außerhalb der Ukraine bekräftigt;
 - c) die Russische Föderation erneut nachdrücklich aufgefordert, ihre Aggression unverzüglich und bedingungslos einzustellen und ihre Truppen aus der Ukraine abzuziehen;
 - d) die Russische Föderation nachdrücklich aufgefordert, in Übereinstimmung mit dem vom Sachverständigenausschuss auf seiner 95. Tagung (25. November bis 7. Dezember 2024) formulierten Ersuchen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um für eine wirksame Umsetzung des Übereinkommens (Nr. 155) über den Arbeitsschutz, 1981, und des Übereinkommens (Nr. 115) über den Strahlenschutz, 1960, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer vor ionisierenden Strahlen bei ihrer Arbeit, zu sorgen, und die gewissenhafte Umsetzung des Seearbeitsübereinkommens, 2006, in der geänderten Fassung (MLC, 2006) zu gewährleisten;
 - e) erneut seine uneingeschränkte Unterstützung für die dreigliedrigen Mitgliedsgruppen in der Ukraine bekundet und den Generaldirektor ersucht, weiterhin auf die Bedürfnisse der Mitgliedsgruppen in der Ukraine einzugehen und die Bemühungen der IAO um Ressourcenmobilisierung auszuweiten, auch im Rahmen der anstehenden internationalen Geberkonferenzen für Erholung und Wiederaufbau;
 - f) den Generaldirektor ersucht, die Bemühungen um Ressourcenmobilisierung für andere betroffene Länder Osteuropas und Zentralasiens weiter zu verstärken;
 - g) den Generaldirektor ersucht, die Auswirkungen der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine auf die Arbeitswelt weiterhin zu überwachen und dem Verwaltungsrat auf seiner 354. Tagung (Juni 2025) über die Entwicklungen vor dem Hintergrund der EntschlieÙung, namentlich über die fortdauernde Zusammenarbeit der IAO mit den maßgeblichen Organen der Vereinten Nationen hinsichtlich der Überwachung von Arbeitnehmerrechtsverletzungen, einschließlich der Situation der Seeleute und der Beschäftigten in der Atomindustrie, Bericht zu erstatten.